

7. »Huzza! We will be free from feudal rents and tyranny«

Der Anti-Rent War und das Ende von Rensselaerswyck

A great revolution has happened of late,
And the pride-fallen landlord laments his
sad fate;
The cry has gone out through the nine
counties o'er,
Our landlord is falling to rise nevermore.
(»A Great Revolution«, Verfasser unbekannt)

»Death of the Patroon.« – A cloud of sadness rests upon this city to-day in consequence of the decease of that eminent citizen and public benefactor, *General Stephen Van Rensselaer*.¹ So lautete eine der vielen ähnlichen Zeitungsmeldungen an diesem Januartag des Jahres 1839. Der Tod von Stephen Van Rensselaer III. war zweifelsohne eine Zäsur. Geschwächt von längerer Krankheit, ließ er am 26. Januar 1839 im Alter von 74 Jahren das Leben. Über ein halbes Jahrhundert hatte »that human oak«² Rensselaerswyck als Patroon geführt und dessen Gestalt komplett verändert. Als Person des öffentlichen Lebens, Politiker, General und Wohltäter, hatte er Albany, das Hudson-Tal, den Staat New York und die Frühe Republik geprägt. »The Patroon« war kein alter holländischer Titel, sondern Synonym und Ausdruck der Ehrerbietung für Stephen Van Rensselaer. Der frisch gewählte Gouverneur William Henry Seward hob in einer Ansprache vor dem Parlament die »blamelessness and benevolence of his life« hervor und ordnete Staatstrauer an.³ Die Prozession, die am 3. Februar Stephens Sarg von der North Dutch Church in Albany zur Familiengruft auf dem Rural Cemetery nahe des Manor House in Watervliet folgte, zog

1 Commercial Advertiser, Albany, 27. Januar 1839.

2 Atkinson's Evening Post, Philadelphia, 20. April 1839.

3 William H. Seward, »Death of Stephen Van Rensselaer: Special Message to the Legislature«, 28. Januar 1839, *The Works of William H. Seward*, Vol. II, hg. von George E. Baker (Boston, 1884), 343.

sich wie eine endlose Schlange durch die Stadt. Die Zeitgenossen waren sich einig: Etwas Derartiges hatten sie noch nie zuvor erlebt.⁴

Während die Stadt trauerte und die Bürger von nah und fern sich mit Elogen auf den Verstorbenen gegenseitig überboten, warteten Van Rensselaers Pächter auf die Testamentseröffnung. Sie hofften, dass der »Good Patroon« ihnen mit seinem Dahinscheiden alle Pachtschulden erlassen würde, die sie in den vergangenen Jahrzehnten angehäuft hatten. Schließlich hatte er sich immer milde gezeigt, solange eine generelle Zahlungsbereitschaft vorhanden gewesen war. Ihre Hoffnung erfüllte sich nicht. Das Testament dürfte viel mehr ihre schlimmsten Alpträume verkörpert haben, denn obwohl Stephen zeitweise als der reichste Mann des Landes galt, stand es schlecht um die Finanzen der Familie. »You ask what the Van Rensselaers have been about? Indeed of my own knowledge I know not, unless their heavy expenses have eaten them up«,⁵ ließ sich ein Zeitgenosse aus. Stephen Van Rensselaer hatte einen beachtlichen Schuldenberg angehäuft. Sein Lebensstil verschlang große Mengen an Geld und als er in Zeiten der Krise immer weniger Pacht einnahm, stiegen die Schulden. Sein Reichtum lag in erster Linie in seinem Land, doch wenn dieses keine Pacht abwarf und auch nicht durch Verkauf in Geld umgewandelt wurde, war es kein Reichtum, von dem er zehren konnte. So betrugen die Verbindlichkeiten zum Zeitpunkt des Todes über 300.000 Dollar.⁶ Zum Leidwesen der Pächter wies Stephen die Testamentsvollstrecker Daniel D. Barnard, Jacob Van Vechten und James Stevenson an, diese Schulden komplett zu begleichen, indem sie ausstehende Pachtzahlungen eintrieben. Erst danach sollte Rensselaerswyck zwischen seinen Söhnen Stephen IV. und William Paterson Van Rensselaer geteilt werden. Die restlichen sieben Kinder erhielten Land außerhalb des Manors und Immobilien in Albany und New York. Durch dieses Vorgehen wollte Stephen III. sicherstellen, dass er seinen Nachkommen eine schuldenfreie Erbmasse hinterließ, mit der sie die Zukunft der Familie auf ein solides Fundament setzen konnten.

Die drei Treuhänder standen vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Wollten sie Stephens letzten Willen erfüllen, mussten sie die Pächter in großer Zahl in die Armut stürzen und selbst dann war nicht klar, ob die Besitztümer der über 3.000 Familien ausreichten, um die Schulden des »Good Patroons« begleichen zu können. Insbesondere Daniel D. Barnard, der als Whig im Kongress saß, sträubte sich, seiner Pflicht nachzukommen. Ein Vorgehen, das die Verarmung einer ganzen Region zur Folge hätte, wäre für ihn politischer Selbstmord gewesen. Da Barnard jedoch

4 Barnard, »Discourse«, 338-40.

5 Joseph Lovell an James Colles, 24. Juni 1842, Colles Family Papers, NYPL. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Dr. Nadine Klopfer.

6 Entspricht für 2016 einem economic power value von ca. 3,2 Milliarden Dollar. Vgl. Kap. 1.6. Anm. 40.

zugleich der größte Gläubiger von Stephens Nachlass war (über 35.000 Dollar), gelang es ihm, eine Übereinkunft mit den Erben zu treffen. Diese sah vor, dass die Testamentsvollstrecker von ihrer Aufgabe entbunden und die Schulden Stephens III. unter seinen beiden Haupterben aufgeteilt wurden. Im Gegenzug verzichtete Barnard auf eine sofortige Rückzahlung seiner 35.000 Dollar und akzeptierte eine Hypothek als Sicherheit.⁷

Während William Paterson Van Rensselaer einen Teil der Schulden aus eigenen Mitteln beglich und ansonsten der Praxis seines Vaters folgte, Pachtrückstände nicht energisch einzufordern und die Gläubiger zu trösten, begab sich Stephen IV. sofort ans Werk und ordnete an, die Schulden seiner Pächter unter Androhung der Zwangsvollstreckung einzutreiben. Doch seine Agenten kehrten mit leeren Händen zurück: Die meisten Bewohner von Rensselaerswyck verweigerten schlicht die Zahlung. Insbesondere in der Gegend um das Helderberg Plateau, westlich von Albany, regte sich heftiger Widerstand. Die Bedingungen dort machten Erschließung und Landwirtschaft besonders arbeitsintensiv und verstärkten bei den Pächtern das Bewusstsein, dass dies *ihr* Land war. Einige waren durch harte Arbeit und das Freilegen besserer Böden durch Rodung zu Wohlstand gekommen, der es ihnen ermöglicht hätte, ihre Schulden beim Patroon zu begleichen. Doch gerade diese Pächter verweigerten die Abgaben am heftigsten und wurden zu den Wortführern der rebellischen Landbevölkerung. Sie lebten in komfortablen Häusern, hatten reich gedeckte Tische und trugen gute Kleidung: Sie fühlten sich wie freie Landeigentümer, denen jegliche Abhängigkeit, ausgedrückt durch das Zahlen des Pachtzinses, zuwider war. Das Begleichen der Schulden hätte den Pächterstatus zementiert, sie sahen nun jedoch den Zeitpunkt gekommen, ihn abzulegen. Selbstbewusst formulierten sie auf Versammlungen Forderungen, die sie Stephen IV. am 22. Mai zukommen ließen. Den Kern des Kataloges bildete dabei die Kaufoption; jeder Pächter sollte die Möglichkeit erhalten, das von ihm bebaute Land für 2 bis 2,50 Dollar pro Morgen zu erwerben. Diejenigen, die weiter Pächter bleiben wollten, sollten neue Pachtverträge, mit dem Recht auf alle Rohstoffe und ohne *quarter sales*-Regelung bekommen. Darüber hinaus forderten die Farmer, die Bezahlung in Winterweizen durch Geld (0,75 bis 1 Dollar pro Scheffel) ersetzen zu dürfen und mit Hypotheken eine sofortige Rückzahlung der Pacht schulden zu umgehen.⁸

Stephen Van Rensselaer antwortete kurze Zeit später auf die Forderungen seiner Pächter und machte deutlich, dass sie für ihn inakzeptabel waren: »I shall depreciate my income more than one half, and yield up reservations, which constitute part of my property«, fasste er die in seinen Augen absurden Vorschläge

7 Christman, Tin Horns, 14-16; McCurdy, Anti-Rent Era, 14f.

8 Lawrence Van Deusen u.a. an Stephen Van Rensselaer IV., 22. Mai 1839, Albany Argus, 6. Dezember 1839; Christman, Tin Horns, 17-19.

der Farmer aus den Helderberg-Gemeinden zusammen und erinnerte sie daran, dass »your ancestors or yourselves, who are tenants, accepted leases with a full knowledge of the kind and amount of rent to be paid, and of the reservations and conditions to which the land was subject.« Unter keinen Umständen war er bereit, die bestehenden Pachtverträge zu ändern und auf Einnahmen und Vorrechte zu verzichten. Im Gegensatz zu seinem Vater zeigte sich Stephen IV. jedoch willig, Land an seine Pächter zu verkaufen. Mit fünf Dollar pro Morgen forderte er dafür aber einen weitaus höheren Preis, als von diesen erhofft. Zudem bezog sich das Angebot nur auf die Grundstücke in den Helderbergen, nicht jedoch auf die fruchtbareren und marktnäheren Gebiete im Tal und war an die Bedingung gekoppelt, dass zunächst alle Pachtschulden beglichen wurden.⁹

Am 4. Juli versammelten sich unzählige Pächter in der Helderberg-Ortschaft Berne und begingen ihre ganz eigene Version des Unabhängigkeitstages. Enttäuscht und aufgebracht über die Antwort Van Rensselaers, verabschiedeten sie die »Anti-Renters' Declaration of Independence« und stellten ihren Kampf gegen das Pachtsystem so in die Tradition der Amerikanischen Revolution. Die Anti-Renters waren dabei nicht die ersten, die versuchten, einen direkten Zusammenhang zwischen dem Unabhängigkeitskrieg und aktuellen sozialen oder politischen Fragen herzustellen. Wie Staughton Lynd in seiner maßgeblichen Studie zu den *Intellectual Origins of American Radicalism* treffend feststellte, bot die Unabhängigkeitserklärung durch ihre Vieldeutigkeit zahlreiche Anknüpfungspunkte und Interpretationsmöglichkeiten, die sie zum Kern einer revolutionären intellektuellen Tradition werden ließen, sodass »without significant exception, subsequent variants of American radicalism have taken the Declaration of Independence as their point of departure and claimed to be the true heirs of the spirit of '76.«¹⁰ Bereits in den 1790er Jahren feierten *Democratic-Republican Societies*, die sich meist aus städtischen Handwerkern wie Druckern, Schustern oder Tischlern zusammensetzten, den Unabhängigkeitstag, indem sie ihn zum Anlass nahmen, Missstände anzuprangern, gegen Eliten zu wettern und sich als Wächter des revolutionären Erbes zu stilisieren. In den 1820er und 1830er Jahren wurde der 4. Juli dann zum Feiertag der Arbeiterschaft, die sich als »legitimate children of '76«¹¹ betrachtete. Sie nutzte den Tag, um für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte zu kämpfen und vereinnahmte die Revolution in Veröffentlichungen wie der »Working Men's Declaration of Independence« von 1829. Darin wurde insbesondere die Gleichheit betont, wenn es abschließend hieß: »We are, & of

9 Stephen Van Rensselaer IV. an Lawrence Van Deusen u.a., 29. Mai 1839, Albany Argus, 6. Dezember 1839.

10 Staughton Lynd, *Intellectual Origins of American Radicalism* (New York, 1968), 4.

11 Zit. nach Philip S. Foner, »Introduction«, in: *We, the Other People: Alternative Declarations of Independence by Labor Groups, Farmers, Woman's Rights Advocates, Socialists, and Blacks, 1829-1975*, hg. von Philip S. Foner (Chicago, 1976), 1-46, 2.

right ought to be, entitled to EQUAL MEANS to obtain equal moral happiness, and social enjoyment.«¹²

Die in Berne versammelte Landbevölkerung richtete ihre Unabhängigkeitserklärung gegen Stephen Van Rensselaer, von dem, die Legitimität seines Eigentums anzweifelnd, im Dokument stets als »pretended proprietor« gesprochen wurde. Seine Antwort auf die Vorschläge der Pächter bezeichneten sie dramatisch als »outrage upon the laws of humanity« und zeichnten eine historische Parallele: »We consider his proposals in the same light that Dr. Franklin considered the act in the British Parliament imposing stamp duties on certain papers and documents used in the Colonies.« Für die Pächter stellte sich nun die Wahl, einer »unconditional submission to the will of one man, elevated by an aristocratic law, emanating from a foreign monarchy« zuzustimmen oder sich dieser »voluntary slavery« zu widersetzen. Da »honor, justice and humanity forbid that we should any longer tamely surrender that freedom which we have so freely inherited from our gallant ancestors«, und zukünftige Generationen davor bewahrt werden sollten, »unjustly, unrighteously, inhumanly oppressed« zu werden, entschlossen sie sich zum Widerstand gegen Van Rensselaer: »We pledge each unto the other our fortunes and our sacred honor even to the last extremity in protecting our rights and our property.« Trotz aller revolutionären Inbrunst, mit der Van Rensselaer und das Pachtssystem verdammt wurden, enthielt das Schriftstück »for the purpose of reconciling the present and any future exitement« im zweiten Teil ein neues Angebot an den Grundherren: Stephen IV. sollte die Pächter mit neuen Verträgen ausstatten, aus denen bis auf den Pachtzins in Form von Weizen alle Verpflichtungen und Vorbehalte zu streichen waren. Die Weizenabgabe sollte durch Geldzahlungen ersetzt werden können, wobei ein Scheffel mit einem Dollar taxiert wurde. Darüber hinaus sollte jeder Pächter die Möglichkeit erhalten, das von ihm bewohnte und bestellte Land zu einem Preis zu erwerben, der, mit einer Verzinsung von sieben Prozent angelegt, Van Rensselaer die gleichen Einnahmen verschaffen würde, wie die jährlichen Pachtzahlungen (wiederum ausgehend vom oben genannten Weizenpreis). Pachtete ein Bauer also beispielsweise 100 Morgen Land und zahlte für dieses 14 Scheffel Weizen im Jahr, hätte sich für ihn ein Kaufpreis von 200 Dollar ergeben. Das neue Angebot lag somit im Bereich des alten (2,00 – 2,50 Dollar pro Morgen), einzig der für das gesamte Gut auf einen Dollar festgesetzte Weizenpreis unterschied sich von den ursprünglichen Forderungen, die, je nach Lage der Farm, auch von Preisen unter einem Dollar ausgingen.¹³

Die »Anti-Renters' Declaration of Independence« ist ein gutes Beispiel dafür, welch große Bedeutung die Revolution auch viele Jahre nach der Unabhängigkeit als Referenzpunkt und Legitimationsgrundlage hatte. Sozialradikale Bewe-

12 »Working Men's Declaration of Independence«, in: Foner, We, the Other People, 50.

13 »Anti-Renters' Declaration of Independence«, in: Foner, We, the Other People, 59–63.

gungen wie die der Anti-Renters beriefen sich auf die Grundsätze der Revolution und machten sich zu deren Erfüllungsgehilfen in der Gegenwart. Sie sahen die Revolution als unvollendet an, hatte sie zwar die Kolonien zu politischer Autonomie geführt, die Gesellschaftsordnung jedoch weitgehend unverändert belassen. Freiheit, ursprünglich von den traditionellen Eliten als Freiheit des politischen Systems definiert, erhielt einen universell-egalitären Anstrich und wurde mit der Forderung nach sozialen Reformen und Umbrüchen verbunden. Die Pachtverhältnisse auf Rensselaerswyck und den anderen Manors liefen durch die ihnen inhärente Abhängigkeit diesem Freiheitsverständnis entgegen. Die Anti-Renters attackierten einerseits Stephen Van Rensselaer als Person, griffen jedoch auch allgemein die Eliten und das Konzept einer stratifizierten Gesellschaft an. In ihrer Vorstellung beinhaltete die Revolution eine Beseitigung derartiger Hierarchien und sollte der politischen Unabhängigkeit von Großbritannien die Unabhängigkeit der breiten Bevölkerung hinzufügen. »We will take up the ball of the Revolution where our fathers stopped it and roll it to the final consummation of freedom and independence of the masses«,¹⁴ fassten sie ihr Ziel in einem Schwur zusammen. Die Anti-Renters beanspruchten für sich nicht weniger, als den Prozess, der vor über 60 Jahren begonnen wurde, zu seiner Vollendung zu führen.

Betrachtet man die Amerikanische Revolution aus dieser Perspektive, wird deutlich, worin ihre Radikalität lag. Anders als die revolutionären Ereignisse in Frankreich war der Unabhängigkeitskrieg weder ein Bruch mit der Vergangenheit, noch durch eine vergleichbare Brutalität gekennzeichnet. Die soziale Ordnung blieb ebenso wie die politische Kultur bestehen, Traditionen wurden nicht bekämpft und es fand – abgesehen von der Marginalisierung der Loyalisten – kein Elitenaustausch statt. Es war die langfristige Transformation der sozialen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft, die dazu führte, dass die Amerikanische Revolution prozessual gesehen auch eine sozialradikale Komponente aufwies, die sich in der *Jacksonian Era* mit ihrem *common man*-Ideal manifestierte. Die hierarchische Stellung alter Eliten, wie der *landed gentry* New Yorks, wurde im Lichte egalitärer Rhetorik zunehmend in Frage gestellt, die Unabhängigkeit als zeitliche Zäsur betrachtet. Van Rensselaers Rechtstitel war in den Augen der Anti-Renters schon allein deshalb illegitim, weil er aus der Zeit der Monarchie stammte, die mit dem Topos der Unterdrückung verbunden wurde. In der neuen Nation, dem »land of freedom«, war für derartiges kein Platz; semif feudale Güter wie Rensselaerswyck erschienen folglich unamerikanisch. Begegneten Pächter ihrem Gutsherren im Bewusstsein der eigenen Inferiorität früher mit der entsprechenden Ehrerbietung, sahen sie sich nun als freie Bürger mit ihm auf Augenhöhe und stellten Bedingungen. Der Unterschied zwischen den unterwürfigen Bittschreiben an Stephen III.

14 Zit. nach Christman, Tin Horns, 20.

um die Jahrhundertwende und dem Duktus der »Declaration of Independence« von 1839 ist an Deutlichkeit nicht zu übertreffen.

Dass diese Radikalität auch ganz handfeste Formen annehmen konnte, zeigt sich in den folgenden Ereignissen des Sommers. Stephen Van Rensselaer war zu keinen weiteren Verhandlungen bereit und begann, gerichtlich gegen die Pächter vorzugehen. Ab August versuchten die Gesetzeshüter des Albany Countys, Vollstreckungsbescheide und Klageschriften zuzustellen, stießen dabei jedoch auf Widerstand. Als Hilfssheriff Amos Adams sich auf den Weg in die Helderberge machte, wurde er von Pächtern bedroht und in der Ausübung seiner Pflichten behindert. Der Farmer Isaac Hungerford riet ihm mit einem Messer in der Hand, »to go no farther« und wies auf die Entschlossenheit der Anti-Renters hin: »We have made up our minds to die, and we are ready to die in the cause of resisting any officer that should come there on the Patroon's business.« Adams ignorierte die Warnung und setzte seine Arbeit fort. Wie ernst die Pächter es meinten, wurde ihm am nächsten Morgen offenbar. Nachdem er in einer Taverne in der Ortschaft Rensselaersville übernachtet hatte, musste er feststellen, dass eine Gruppe von Aufständischen nachts in den Stall eingebrochen war, seinem Pferd Schwanz und Mähne abgeschnitten und seinen Wagen demoliert hatte.¹⁵

Auch sein Vorgesetzter, Sheriff Michael Artcher, erhielt eine Drohung der Pächter. In einem Brief, unterzeichnet mit »A Tenant«, hieß es:

I understand you are calculating to soon make your electors a visit in your official capacity, in favor of the tenants' monarch; and as the tenants were so friendly as to elect you to the office of sheriff, gratitude would say they ought to inform you of the perilous tour you are about commencing. [...] The tenants have arisen in the name of justice, and it will need a stronger hand than you are aware of, to put them down [...] You come against a great strength, and I would not pledge for your safe return. Therefore if you come, you come on your risk.¹⁶

Der Verfasser stellte den Konflikt um die Pachtverhältnisse als Kampf zwischen Monarchie und Demokratie dar. Der vom Volk gewählte Sheriff würde im Auftrag des »Monarchen« Van Rensselaer handeln und so die Verpflichtungen gegenüber seinen Wählern verletzen. Diese verteidigten im Namen der Gerechtigkeit ihre beanspruchten Rechte. Wie schon in der »Anti-Renters' Declaration of Independence« wurde die Auflehnung gegen das Pachtsystem auf Rensselaerswyck so

15 Bericht von Amos Adams, 30. August 1839, im Anhang von William H. Seward, »Message from the Governor in Relation to the Difficulties in the Manor of Rensselaerswyck«, 14. März 1840 (Doc. 70, im Folgenden Seward Message), Documents of the Senate of the State of New York, Sixty-third Session, 1840, Vol. III (Albany, 1840), 21f.

16 »A Tenant« an Michael Artcher, 9. September 1839, Seward Message, 25.

zu einem revolutionären Kampf gegen die Tyrannei stilisiert. Artcher schien diese Drohung sehr ernst zu nehmen. Anstatt die Zustellung der Gerichtsverfügungen selbst durchzuführen, engagierte er Daniel I. Leonard, »an active and fearless young man«¹⁷ für diese Aufgabe. Doch auch Leonard bekam den Zorn der Pächter zu spüren, als er am 16. September seinen Dienst antrat. Viele zwangen ihn mit vorgehaltener Waffe, die Bescheide wieder mitzunehmen. Während er in einer Wirtschaft rastete, wurde er dann von einer Gruppe von Anti-Renters festgesetzt und vor die Wahl gestellt: »They told me I should burn [the papers]; they told me they would save my life if I burnt them, and if I did not burn them they would take my life.«¹⁸ Nachdem er alle Dokumente verbrannt hatte, hielten die Pächter ihn noch einige Stunden in ihrer Gewalt, ließen ihn reichlich Schnaps für sie kaufen (»it cost me considerable«) und drohten, ihn zu teeren und zu federn. Leonard blieb aber letztlich unversehrt und wurde wieder freigelassen.

Sheriff Artcher sah nach diesem erneuten Scheitern ein, dass die Zustellung der Bescheide nicht von Einzelpersonen durchgeführt werden konnte und entschloss sich zur Aufstellung eines Trupps, zusammengesetzt aus 600 bis 700 Männern aus Albany, unter ihnen John Van Buren, der Sohn des Präsidenten. Am 2. Dezember marschierte die *posse comitatus* unter Artchers Führung in Richtung Westen, doch auch sie sollte erfolglos bleiben. In der Nähe des Ortes Reidsville trafen die Artcher und seine Unterstützer auf »a very large body of men, variously estimated from fifteen to eighteen hundred, who entirely blocked up the road [...], apparently prepared for forcible resistance, with clubs in their hands.« Der Sheriff, der seine Truppe vermutlich aus Gründen der Deeskalation – ein Blutbad an den Pächtern hätte seine Chancen auf eine Wiederwahl eliminiert – »chiefly and almost wholly unarmed« belassen hatte, ordnete im Angesicht dieser Übermacht die Rückkehr nach Albany an.¹⁹

Artcher wandte sich nun an Gouverneur William H. Seward, dem er mitteilte, dass seine Möglichkeiten nicht ausreichten, in dieser Lage Recht und Gesetz durchzusetzen. Er erbat deshalb die Entsendung von »such a military force from any other county or counties of this State, as shall be necessary for the execution of said process.«²⁰ Auch Seward scheute sich zunächst, ein massives Vorgehen anzukündigen, fürchtete er doch wie Artcher um die Folgen für sein öffentliches Ansehen. Am 10. Dezember aber ordnete er schließlich (zusätzlich zu den bereits dort stationierten Truppen) die Entsendung von drei Milizkompanien nach Albany an und befahl Artcher, die Ordnung notfalls mit Gewalt wiederherzustellen: »This force

17 Michael Artcher an William H. Seward, 4. Dezember 1839, Seward Message, 18.

18 Bericht von Daniel I. Leonard, o. D., Seward Message, 23.

19 Zitate aus: Michael Artcher an William H. Seward, 4. Dezember 1839, Seward Message, 19f. Siehe auch McCurdy, Anti-Rent Era, 20.

20 Michael Artcher an William H. Seward, 4. Dezember 1839, Seward Message, 20.

[...] will enable you to proceed and test the reality of the threats which have been made. It is your duty [...] to perform with decision and energy.« Unruhestifter sollten festgenommen, Bescheide zugestellt und Eigentum gepfändet werden. Eine Widersetzung gegen die staatlichen Autoritäten konnte nicht länger geduldet werden.²¹

Seward beließ es jedoch nicht bei dieser Anordnung, sondern veröffentlichte eine an die Anti-Renters gerichtete Erklärung, die sein generelles Wohlwollen ihnen gegenüber zum Ausdruck brachte und verhindern sollte, dass es zu Blutvergießen kommen würde. Erst seit Anfang des Jahres bekleidete er das Amt des Gouverneurs von New York. Bereits in seiner Antrittsrede vor dem Staatsparlament hatte sich der Whig als energetischer Reformers präsentiert und in ideologischem Gegensatz zu den zuvor regierenden Demokraten für eine aktive Rolle des Staates plädiert:

We are required to carry forward the policy of internal improvements [...] by all our obligations to promote the happiness of the people, to multiply and raise their social enjoyments, to maintain the fame of the state, [...] and by the paramount duty we owe to the mankind, to illustrate the peacefulness, the efficiency, the beneficence, and the wisdom of republican institutions.²²

Nicht weniger, sondern mehr Staat sollte zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen. In aufgeklärter Tradition folgte Seward dem Leitbild des *improvements*, das durch institutionalisierte Bildung, Wohlfahrt und Infrastruktur verwirklicht werden sollte. Obwohl die Whigs, die Anfang der 1830er Jahre als Sammelbewegung gegen die Politik Andrew Jacksons gegründet worden waren und ein unklar umrissenes Programm hatten, als Partei der Eliten galten, hob Seward besonders den Wert der Demokratie für das allgemeine Wohl hervor: »The democratic principle is leading in the way to universal liberty« und »the agency of institutions of self-government is indispensable to the accomplishment of these sublime purposes.«²³ Er verband somit einen universalistischen Freiheitsbegriff, der politische Partizipation in den republikanischen Institutionen mit sich führte, mit einem staatlichen Fortschrittsauftrag. Das Ziel der Regierung war es, die Menschen von den »restraints of power and prejudice«²⁴ zu befreien und so zu Glück und Teilhabe zu führen. Dabei machte Seward deutlich, dass Reformbereitschaft das *sine qua non* für eine funktionierende Demokratie in einer sich wandelnden Gesell-

21 William H. Seward an Michael Artcher, 10. Dezember 1839, Seward Message, 30.

22 »Annual Message to the Legislature«, 1. Januar 1839, Works of Seward, 205.

23 Ebd., 197.

24 Ebd.

schaft sei: »The best laws, unless modified according to the ever-varying condition of society, operate injuriously.«²⁵

In diesem Lichte ist auch Swards Erklärung an den Anti-Renters zu lesen. Als Gouverneur war es seine Aufgabe, »to maintain the supremacy of the laws«, was ihm keine andere Wahl ließ, als die Miliz in das Unruhegebiet zu entsenden. Gesetze und Gerichtsbeschlüsse mussten im Rechtsstaat durchgesetzt werden, Angriffe auf staatliche Autoritäten waren keine Option für die Verbesserung der eigenen Lage oder den Kampf für die vermeintlichen Rechte der Pächter. Seward appellierte an ihre Vernunft und zeigte die fatalen Konsequenzen des Festhaltens am Widerstand auf: »When such resistance becomes concerted and organized it is insurrection and [...] if death ensue the penalties of treason and murder are incurred.« Ein *improvement* ihrer Situation konnten die Aufständischen nur auf institutionellem Wege erreichen, zu dem sie der Gouverneur ausdrücklich ermutigte: »The only lawful means to obtain relief from any injuries or redress of any grievances of which they complain, are by application to the courts of justice and to the Legislature.« Für diesen Vorgang sicherte Seward ihnen seine Unterstützung zu: »They shall receive every facility which the Executive Department can afford in bringing their complaints before the Legislature.«²⁶

Swards Strategie erwies sich als Erfolg. Die Kombination aus militärischer Stärke zur Durchsetzung des Rechts und einem Werben für ein juristisches und gesetzliches Vorgehen der Anti-Renters gegen Van Rensselaers Pachtsystem führte zu einem sofortigen Ende der Rebellion. Sheriff Artcher konnte seine Aufgaben ausführen und die Miliz wurde nur wenige Tage nach ihrem Ausrücken wieder zurückbeordert. Der *Helderberg War* endete somit so glimpflich, dass seine Bezeichnung reichlich übertrieben erscheint. Ein Ende des Konflikts bedeutete dies jedoch nicht, viel mehr leitete die Rebellion auf Rensselaerswyck einen Prozess ein, der den ganzen Staat erfasste und Politik und Pächter im Kampf gegen die Manors vereinte.

William Seward versuchte, diesen Prozess voranzutreiben. Er hatte bereits in seiner Erklärung vom 10. Dezember 1839 Sympathien für die Anliegen der Pächter zum Ausdruck gebracht und warb in den folgenden Monaten auch vor dem Parlament für deren Unterstützung. Während in der öffentlichen Diskussion wahlweise die Nachlässigkeit Stephens III. oder die Kompromisslosigkeit Stephens IV. als Gründe für die Unruhen angeführt wurden, lagen für Seward die Ursachen nicht an der Oberfläche, sondern im Wesen des Pachtsystems selbst. In seiner *Annual Message* zu Beginn des Jahres 1840 lobte der Gouverneur die »cheerful and patriotic

25 »Annual Message to the Legislature«, 1. Januar 1839, Works of Seward, 191. Siehe zu den Anfängen der Whig Party Michael F. Holt, *The Rise and Fall of the American Whig Party: Jacksonian Politics and the Onset of the Civil War* (Oxford u. New York, 1999), 6–32.

26 William H. Seward, »A Proclamation«, 10. Dezember 1839, Seward Message, 31f.

submission to the laws« seitens der Pächter und positionierte sich eindeutig gegen die Manors, die er als anachronistisch und inkompatibel mit den Werten der Republik abqualifizierte.

The lands in that manor are held under ancient leases, by which mines and hydraulic privileges, rents payable in kind, personal services, and quarter sales, are reserved. Such tenures, introduced before the Revolution, are regarded as inconsistent with existing institutions, and have become odious to those who hold under them. They are unfavorable to agricultural improvement, and inconsistent with the prosperity of the districts where they exist, and are opposed to sound policy and the genius of our institutions. [...] The state has always recognised its obligation to promote the general welfare, and guard individuals against oppression. The legislature has the same power over the remedies upon contracts between landlord and tenant as over all other forms of legal redress.²⁷

Sewards Kritik am Pachtsystem liest sich wie eine Blaupause seiner ein Jahr zuvor dargelegten politischen Grundsätze und verdeutlicht diese an einem konkreten Beispiel. Auch er betrachtete die Revolution rückblickend als sozio-politische Zäsur, durch welche diese Form der Landnutzung aus der Zeit gefallen zu sein schien. Die Bezeichnung der Verträge als »ancient leases« suggeriert das Bild einer abgeschlossenen Vergangenheit und versieht die Institution der Pachtverhältnisse so mit dem Attribut der Rückständigkeit. Van Rensselaers Pachtverträge standen in Sewards Augen nicht nur durch ihren vermeintlich unterdrückerischen Charakter im Widerspruch zu den demokratischen Institutionen, sondern verhinderten Fortschritt und Wohlstand. Da dies aber die primären Ziele des Staates waren, musste dieser korrigierend eingreifen. Schaut man auf die Konnotation von Sewards »improvement« und »general welfare« wird klar, worin die Rückständigkeit von Rensselaerswyck und anderen Gütern für ihn tatsächlich begründet lag: Sie waren in ihrer Form präkapitalistisch. Die Inkompatibilität mit der Demokratie war in erster Linie eine Inkompatibilität mit der liberalen Marktideologie, die Sewards Politik zugrunde lag. Während die Pächter an der Doktrin festhielten, ihr Landeigentum durch ihre Arbeit verdient zu haben, bot Sewards Perspektive andere Angriffspunkte. Rensselaerswyck und andere Manors koppelten riesige Landflächen vom freien Markt ab und behinderten so wirtschaftliches Wachstum. Dieses Land konnte nicht wie andere Güter frei gehandelt werden, ebenso schränkten die Vorrechte des Patroons die ökonomische Freiheit der Pächter ein und verhinderten ihre volle Teilhabe am Markt, sodass diesen das Kapital fehlte, um ihre Landwirtschaft effizienter zu gestalten. Waren, wie bereits gezeigt, im 18. Jahrhundert noch ganz andere Werte mit Landbesitz verbunden, die vor allem auf die Stabilität einer gewachsenen Ordnung und ein hierarchisches Verantwortungsprinzip

27 »Annual Message to the Legislature«, 7. Januar 1840, Works of Seward, 221.

zielten, schienen diese nun keine Rolle mehr zu spielen. Nicht mehr die persönliche Bindung zum Land stand im Vordergrund, sondern die abstrakten Gesetze des Marktes. Die Manors sollten keine Ausnahme der Regel von Angebot und Nachfrage bilden. Flexibilität, freier Handel und Kapitalfluss sowie ökonomische Effizienz waren die primären Ziele in der Marktgesellschaft und Rensselaerswyck stand diesen im Wege.

Seward griff das Thema in einer Erklärung vor dem Senat des Staates New York zu den zurückliegenden Unruhen auf Rensselaerswyck erneut auf und bezeichnete die Pachtverhältnisse als »oppressive, anti-republican and degrading«. An die Senatoren appellierend konstatierte er, »that legislative interposition in their behalf is required not only upon considerations of justice and equality, but by sound and enlightened policy.«²⁸ Seward beabsichtigte, in der Frage der Landreform eine Koalition aus den nach sicherem Eigentum strebenden Pächtern, die ihren Kampf gegen Van Rensselaer als Kampf für Gerechtigkeit ansahen, und den fortschrittsorientierten Whigs, die vor allem die Interessen von Unternehmern und Spekulanten aus der neuen Mittelklasse vertraten, zu formen. Beide Gruppen lehnten das Pachtsystem aus unterschiedlichen Gründen ab und Seward versuchte, diese zu vereinen. Ausgehend von den Klagen der Pächter übersetzte er die Kritik an den Pachtverhältnissen in eine Sprache, die den Whigs und ihrem Klientel näherstand. Indem Seward die individuellen Anliegen der Landbevölkerung mit den Gedanken von Fortschritt, Allgemeinwohl und Wirtschaftswachstum verband, sicherte er sich die Unterstützung seiner Parteifreunde im Parlament und seiner Partei wiederum die Unterstützung der Anti-Renters.

Während die Whigs sich als Unterstützer der unterdrückten Pächter und Agenten des Fortschritts stilisieren konnten und mit ihren Mehrheiten in Senat und *Assembly* Untersuchungsausschüsse einrichteten, die sich mit den »manor difficulties« beschäftigen sollten, warfen die oppositionellen Demokraten Seward und seinen Anhängern Scheinheiligkeit vor. Nach ihrem Dafürhalten gab die Verfassung dem Parlament keinerlei Möglichkeit, in die bestehenden Pachtverträge einzugreifen, egal wie wünschenswert dies auch gewesen wäre. Grund dafür war die *Contract Clause* des Artikels I der amerikanischen Verfassung, die besagt, dass »no state shall [...] pass any Bill of Attainder, ex post facto Law, or Law impairing the Obligation of Contracts«. Demzufolge konnten nur die Bundesgesetzgebung oder Gerichtsbeschlüsse eine Änderung der Verträge erwirken, nicht aber das Staatsparlament. Wider besseres Wissen hätte Seward jedoch genau das in Aussicht gestellt, um seine Chancen auf eine Wiederwahl im kommenden November zu steigern. Bis dahin würden sich die Whigs als Anwälte der Pächterinteressen geben, indem sie sich den Problemen in langwierigen Untersuchungen der Komitees widmeten, die letztlich aber aufgrund der konstitutionellen Beschränkungen zu keinem Ergebnis

28 Seward Message, 16.

im Sinne der Pächter führen konnten. In Anbetracht dieser Sachlage brachte der demokratische Senator Samuel L. Edwards den Antrag ein, zunächst den *Attorney General* prüfen zu lassen, ob die Verfassung der Legislative ein entsprechendes Vorgehen gegen die Pachtverträge überhaupt erlaubte, bevor sich ein Ausschuss mit dessen Planung befasste. »Neither the governor, after suggesting there is a remedy, nor his friends, should complain that it is proposed to submit this question to the highest law enforcement officer of the state [...] to point out what the remedy is, and wherein these tenures can be modified«,²⁹ verteidigte ein Parteifreund Edwards Vorschlag. Es nützte nichts: Mit ihrer Senatsmehrheit lehnten die Whigs den Antrag ab und der Untersuchungsausschuss wurde ohne weitere Prüfung eingerichtet.³⁰

Es war dann allerdings das ohne vergleichbare Auseinandersetzung ins Leben gerufene Komitee der *Assembly*, welches die Führungsrolle übernehmen sollte. William A. Duer jun., der Spross einer Anwaltsfamilie, wurde von der Whig-Führung mit der Rolle des Ausschussvorsitzenden betraut. Der talentierte Rechtsgelehrte sollte einen Weg finden, das Pachtsystem aufzubrechen, ohne dabei die Vertragsschutzklausel der Verfassung zu verletzen.³¹ Am 24. März 1840 legte Duer den Abschlussbericht seines Ausschusses vor, der ein bemerkenswertes Dokument amerikanischer Rechtsgeschichte darstellt. Ausgangspunkt waren die Rede von Gouverneur Seward und die Petitionen der Pächter. Diese hatten beklagt, viele von ihnen – oft Analphabeten – seien mit falschen Versprechungen von den Van Rensselaers geködert worden und hätten über den genauen Inhalt der Pachtverträge keine Kenntnis gehabt. Außerdem hätte die Verschlechterung der Böden dafür gesorgt, dass der Pachtzins kaum mehr zu erwirtschaften sei. Duer stellte fest, dass die Pachtverhältnisse zwar verurteilenswert und die unter ihnen leidenden Bauern zu bedauern waren, das Parlament jedoch nicht die Kompetenz besaß, gegen diese Missstände vorzugehen: »These circumstances either afford ground of relief [...] in courts of justice, in which case legislative interference is uncalled for; or else, if under existing laws there is no remedy, it is clearly improper to depart from the general laws to legislate for these particular cases.«³² Über die Gültigkeit von Verträgen zu urteilen war eindeutig Sache der Gerichte und die Gewaltenteilung einer der Grundpfeiler des republikanischen Systems. Duer distanzierte sich damit von der den Forderungen der Anti-Renters inhärenten Auffassung vom Parlament als Vollstrecker des Volkswillens. Die Aufgabe der Legislative lag nicht im Urteil,

29 Daniel S. Dickinson, zit.n. McCurdy, *Anti-Rent Era*, 38.

30 Christman, *Tin Horns*, 37-42; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 36-39.

31 McCurdy, *Anti-Rent Era*, 39.

32 »Report of the committee on so much of the Governor's Message as relates to the difficulties between the landlord and tenants of the Manor of Rensselaerwyck« (im Folgenden Duer Report), *Documents of the Assembly of the State of New York, Sixty-third Session, 1840, Vol VI* (Albany, 1840), 4.

sondern in der politischen Gestaltung; nicht darin, Gerechtigkeit in Einzelfällen herzustellen, sondern eine am Gemeinwohl orientierte Ordnung zu schaffen. Eine Gesetzgebung zur Aufhebung oder Veränderung der Pachtverträge von Rensselaerswyck war also nicht möglich und für Duer auch nicht erstrebenswert. Wie bereits die Demokraten im Senat eingeworfen hatten, machte schließlich die Verfassung eine eindeutige Aussage, die das Komitee ebenso als striktes Verbot des Eingriffs in Verträge ansah: »The wise and virtuous men who framed the Constitution [...], would not have absolutely prohibited the passage of laws ›impairing the obligation of contracts,‹ if they had supposed that such legislation could, under any circumstances, be proper or justifiable.«³³ Dies machte das Parlament jedoch nicht ohnmächtig. Seine Handlungsoption lag in einem anderen Bereich:

But there is an obvious distinction between these hardships, affecting parties to the contract only, and those general evils alluded to by the Governor, resulting from the nature of the tenure, and interesting to the community at large. It concerns the State that the land within her limits should be made as productive as possible, all her natural resources developed, and her territory and all its parts occupied by an independent, industrious and intelligent population. If the nature of the tenures in question be found to interfere with these great objects, it then becomes the duty of the Legislature to remedy the evil, if there is a remedy within its power, and if it can be done without injustice, and without producing some other equal or greater evil.³⁴

Hatte Seward noch versucht, die Interessen der Pächter und das kapitalistische Streben nach Fortschritt und Wachstum zu verbinden, sah Duer nur in letzterem ein legitimes Motiv für das staatliche Handeln. In der Tatsache, dass durch das Pachtsystem und die damit verbundenen Einschränkungen keine effiziente Landnutzung betrieben werden konnte, lag der Schlüssel für ein Eingreifen der Legislative. »No man has at any time the complete control and enjoyment of the land, so that a difficulty is constantly interposed to its perfect use and the complete development of its resources«,³⁵ diesen Umstand galt es zu ändern, denn »the modern policy is, and especially in our own country and State, to leave land free like other property«.³⁶ Mit der Abschaffung des Fideikommiss 1782 war bereits ein wichtiger Schritt gemacht worden, das Landeigentumsrecht im Sinne der »modern policy« zu reformieren. Wie Charles McCurdy darlegt, haben schon ökonomische Denker der Aufklärung wie William Blackstone oder Adam Smith die aristokratischen Einschränkungen im Landeigentum als Hemmnis für die wirtschaftliche Gesamtent-

33 Ebd., 12.

34 Ebd., 4.

35 Ebd., 5.

36 Ebd., 4.

wicklung kritisiert.³⁷ Wurde Land als Familienfideikommiss gehalten, war es nicht veräußerbar und somit auch von der Belastung durch Hypotheken ausgeschlossen. Wenn Land allerdings nicht als Sicherheit genutzt werden konnte, wurde das Aufnehmen von Krediten enorm erschwert, wodurch letztlich das Investitionsvolumen sank und das Wirtschaftswachstum stagnierte. Gleiches galt für die Pächter: Da sie nicht über das Veräußerungsrecht an ihrem Land verfügten, fehlte ihnen eine Sicherheit für Kredite. Ohne geliehenes Geld konnten sie nicht in die Modernisierung ihrer Farmen investieren und die Produktivität der Landwirtschaft sank.

Es ging also nicht um die Verträge von Einzelnen, sondern um Rensselaerswyck als Ganzes, denn »the power of the States to take land for public purposes [...] has never been denied, and has been exercised from the time of the adoption of the constitution, to the present day, and probably by every State in the Union.«³⁸ Die rechtliche Grundlage dafür sah Duer in der New Yorker Verfassung, die besagte, dass »private property shall not be taken for public use without just compensation.« Die Anwendbarkeit dieses Artikels interpretierte er äußerst weitreichend:

The words ,for public use« are synonymous with, for public purposes, for the public good, and do not imply that the property taken shall be occupied or possessed by the public or the State. It is as much for the public use or the public good that the tenures by which land is held should be so regulated, as to promote agricultural improvement and enterprise, as that highways and canals should be constructed.³⁹

Es genügte also, dass die Enteignung einen Nutzen für das Allgemeinwohl hatte, eine zwangsläufige Verstaatlichung ging mit ihr nach Ansicht des Ausschusses nicht einher. Als Präzedenzfall führte Duer die Entscheidung in *Beekman vs. the Saratoga & Schenectady Rail-Road Company* von 1831 an. Der staatlich gecharterten Eisenbahngesellschaft wurde vom Parlament zugestanden, für die Verlegung von Bahngleisen Enteignungen vorzunehmen. Das Gericht bestätigte dieses Recht. In der Begründung hieß es damals: »If the public interest can be in any way promoted by the taking of private Property, it must rest in the wisdom of the Legislature to determine whether the benefit of the public will be of sufficient importance to render it expedient for them to exercise the right of eminent domain, and to authorize an interference with the private rights of individuals for that purpose.«⁴⁰ Duer und seine Mitstreiter waren sich jedoch bewusst, welch gigantische Ausmaße ihr Vorhaben hätte. Es ging nicht um einen schmalen Landstreifen zur Verlegung von Schienen, sondern um die Auflösung des größten Manors des Staates. Eine Enteignung wäre

37 Vgl. McCurdy, *Anti-Rent Era*, 45f.

38 Duer Report, 16.

39 Ebd., 19.

40 Ebd., 19.

mit Kompensationskosten verbunden gewesen, die nur schwer zu kalkulieren waren. Rensselaerswyck bestand aus über 3.000 Farmen auf knapp 500.000 Morgen. Ausgehend von einem niedrig angesetzten Preis von 2 Dollar pro Morgen, hätte die Kompensation allein für das Land bei fast 1 Million Dollar gelegen. Hinzu kamen die Ausgleichszahlungen für die Aufhebung des *quarter sales* und die Arbeitsstunden der Pächter. Setzt man für erstere eine Summe von 30 Dollar pro Farm und für letztere 2 Dollar pro Arbeitstag einer jeden Pächterfamilie, so ergeben sich zusätzlich weitere circa 200.000 Dollar. Weiter ungeklärt bliebe die Frage der bestehenden Pachtschulden. In diesem Lichte empfahl Duer ein bedachtes Vorgehen: »In a matter so interesting and important, the State may as well act as mediator, before, as a final resort, she has recourse to her power.« Das Parlament sollte ein »board of commissioners« ernennen, »whose duty it should be to examine fully into all the grievances complained of, and to use their best endeavors, with all the influence their position would confer, to effect a compromise between the landlord and the tenants.« Die Mitglieder der Kommission sollten »inquire amongst other things into the effect of these tenures upon the agricultural improvement of the country and the enterprise and character of the population, and report fully thereon, and of their action in the premises, to the next Legislature.«⁴¹ Diese sollte dann auf Grundlage der Informationen und des Vermittlungserfolges der Kommission entscheiden, ob sie im oben beschriebenen Sinne gegen das Manor vorgehe.

Der Vorschlag des Ausschusses wurde mit den Mehrheiten der Whigs in *Assembly* und Senat angenommen. Die Befürchtung der Demokraten, dass die Lösung des Problems auf die nächste Legislaturperiode vertagt würde, hatte sich bestätigt. Allerdings hatten die Whigs unter Duers Federführung einen gangbaren Weg aufgezeigt, wie eine Landreform im Einklang mit der Verfassung durchzusetzen wäre. Die Strategie der Whigs erwies sich als erfolgreich: Bei den Wahlen im November errangen sie einen Erdrutschsieg. William Henry Harrison schlug Amtsinhaber Martin Van Buren in dessen Heimatstaat New York und zog mit großem Vorsprung ins Weiße Haus ein, William Seward wurde als Gouverneur wiedergewählt und die Whigs hatten die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments, sowohl in New York, als auch im Bund. Die seit 1837 anhaltende Wirtschaftskrise hatte das Vertrauen in die Demokraten bröckeln lassen, zudem gelang es den Whigs, das Image der Elitenpartei abzuschütteln und sich als Vertreter des Volkes zu präsentieren. Die Positionierung gegen Rensselaerswyck lieferte dazu einen wichtigen Beitrag.⁴²

41 Ebd., 21.

42 Zu den Wahlen von 1840 s. Howe, *What Hath God Wrought*, 570–88; Harry L. Watson, *Liberty and Power: The Politics of Jacksonian America* (New York, ²2006 [1990]), 198–230. In New York wurden Senatoren für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt, wobei jedes Jahr acht der 32 Sitze zur Wahl standen. Die Mitglieder der *Assembly* wurden jedes Jahr neu gewählt und hielten ihre Sitzungen von Januar bis Ende Mai ab.

Die Arbeit der neu gegründeten Kommission begann äußerst schleppend. Erst im Juli 1840 standen deren zwei Mitglieder fest, welche ein Vermittlungsgespräch zwischen Van Rensselaer und Pächtervertretern für den kommenden Januar ankündigten und im August mit Befragungen begannen. Bis die Arbeit der Kommission beendet war, wurden allerdings alle Pachtzahlungen und Vollstreckungsbefehle ausgesetzt. Der schließlich am 23. April 1841 vorgelegte Bericht war weitgehend ergebnislos und ein Ausdruck der Unfähigkeit der beiden Bevollmächtigten, Gary Sacket und Hugh Maxwell. Ging es in allen vorherigen Debatten stets um das gesamte Manor, besuchten sie nur die westlichen Ortschaften, die die Unruheherde während des Helderberg Wars waren, und verschoben so die Betrachtungsweise der Problematik wieder von der strukturellen auf die individuelle Ebene. Die aufgetragene Wertermittlung blieben sie ebenso schuldig, wie die Beurteilung der Effekte des Pachtsystems auf die landwirtschaftliche Produktivität. Stattdessen flüchteten sie sich in vage Aussagen: »The value of the rights of water we have been unable to ascertain with any precision. Opinions will vary as to such matters according to the enterprise or views of individuals.«⁴³

Daneben stellten sie in einem Abriss die Geschichte von Van Rensselaers Rechtstitel von den Anfängen in den Neu-Niederlanden bis zur Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten dar und gaben Einblick in die generellen Bedingungen der Pachtverträge – kurz gesagt: Sie präsentierten altbekannte Fakten. Die größte Farce war jedoch das von der Kommission arrangierte Treffen der beiden Parteien. 14 Delegierte aus den Helderberg-Ortschaften erhielten von Stephen Van Rensselaers Anwalt Teunis Van Vechten eine schriftliche Erklärung, in der der Patroon seine Bedingungen für eine Einigung aufführte. Die Punkte waren eine leicht modifizierte Fassung der Vorschläge, die er bereits 1839 gemacht hatte. Grundlage für jegliches Entgegenkommen blieb das Begleichen aller Pachtschulden. Erst wenn alle offenen Forderungen erfüllt worden waren, sah sich Van Rensselaer bereit, Land für 4 Dollar pro Morgen an die Pächter zu verkaufen. Ein Fünftel des Kaufpreises musste sofort, der Rest in vier gleichen Teilen jährlich erbracht werden. Das Angebot galt nur für Bewohner der Orte Rensselaersville, Westerlo, Berne und Knox, alle anderen Pächter mussten individuell vorsprechen und erhielten Bedingungen im Ermessen des Patroons. Die Pächter ihrerseits antworteten mit den Forderungen, die sie schon in der »Anti-Renters' Declaration of Independence« formuliert hatten und blieben bei ihren 2 Dollar pro Morgen für das gesamte Manor.⁴⁴

43 »Report of the commissioners appointed to effect a settlement of the disputes existing between the landlord and tenants of the Manor of Rensselaerswyck«, Documents of the Assembly of the State of New York, Sixty-fourth Session, 1841, Vol. VII (Albany, 1841), 2.

44 Ebd., 8-10.

Abschließend stellten Maxwell und Sacket fest, dass sie nicht in der Lage waren, ein Ergebnis zu präsentieren: »No definite approximation to an arrangement is in our view to be expected [...] The commissioners have thought they should best perform their duty to the parties and to the public by suspending their interference for the present.«⁴⁵ Sie hatten ihre Rolle letztlich nur darin gesehen, beide Parteien zusammenzubringen, nicht jedoch eine Lösung des Konflikts zu erwirken. Ihre Hoffnung lag darin, dass sich beide Seiten irgendwann einigen würden – es war eine naive Hoffnung in Anbetracht der Ereignisse und verhärteten Fronten der letzten Jahre.

Da die Legislative sich bei Veröffentlichung des Berichts bereits am Ende der 1841er-Sitzungsperiode befand, fand keine weitere Beschäftigung mit dem Thema mehr statt. Auch William Seward hielt sich zurück und machte keinen weiteren Vorstoß in Richtung der im *Duer-Report* ins Spiel gebrachten Maßnahmen. Dies lag in erster Linie an den bereits geschilderten enormen Kosten einer möglichen Enteignung. New York litt unter einer großen Schuldenlast, 1840 hatte der Staat die 20 Millionen Dollar-Marke durchbrochen. Seward hatte gehofft, dass die neue Bundesregierung unter Präsident Harrison die finanziell angeschlagenen Staaten unterstützen würde. Vor allem die Gründung einer neuen Nationalbank sollte der Krise Einhalt gebieten, indem diese die Staatsschulden monetarisierte und so frisches Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpte. Doch der Plan scheiterte. Nach nur einem Monat im Amt starb Harrison an einer Lungenentzündung und sein Vizepräsident John Tyler rückte nach. Tyler war ursprünglich Demokrat gewesen und hatte mit seiner Partei über die Frage der *States Rights* im Zuge der Nullifikationskrise 1833 gebrochen. Die Ablehnung Andrew Jacksons brachte ihn zu den Whigs, die Tatsache, dass er ein Sklavenhalter aus Virginia war, verhalf ihm zur Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten. Er sollte so einen Ausgleich zum in der Sklavenfrage unentschiedenen William Harrison aus Ohio schaffen und den Whigs die Stimmen des Südens sichern. Die Möglichkeit, dass er bei einem vorzeitigen Ausscheiden Harrisons Präsident werden würde, hatte man bei seiner Nominierung nicht im Blick. So war Tylers Amtsantritt für die Whigs ein böses Erwachen. Der neue Präsident gehörte zwar ihrer Partei an, zeigte aber keinerlei Interesse an deren Prinzipien. Er berief sich stattdessen auf die Tradition der *Jeffersonian Democracy* und folgte einer sehr engen Auslegung der Verfassung (*strict constructionalism*). Den starken Staat, der aktiv in die Wirtschaft eingriff, um Wachstum zu generieren, lehnte Tyler ab. So machte er mehrmals Gebrauch von seinem Vetorecht, um Gesetzesvorhaben der Whigs zu verhindern, unter anderem die Gründung der Na-

45 Ebd., 10.

tionalbank, woraufhin fast sein gesamtes Kabinett zurücktrat und Tyler formal aus der Whig Party ausgeschlossen wurde.⁴⁶

Doch nicht nur in Washington präsentierten sich die Whigs als Koalition aus höchst unterschiedlichen Protagonisten. Auch William Seward hatte Probleme, seine Partei in der Frage der Landreform auf eine Linie zu bringen. Der Gouverneur war über die populistische Anti-Masonic Party zu den Whigs gelangt und hatte den Kampf gegen »aristokratische Privilegien« und den Gedanken der Massendemokratie verinnerlicht. Neben Politikern wie William Duer, die seinen Anti-Manor-Kurs unterstützen, wurden allerdings auch kritische Stimmen laut. Der konservative Flügel der Whigs setzte sich aus ehemaligen Mitgliedern der Federalist Party zusammen. Diese hielten an traditionellen Gesellschaftsvorstellungen und somit auch an klassischen Implikationen des Landbesitzes fest und sahen sich als Vertreter der klassischen Eliten an. Führungsfigur der New Yorker Konservativen war Daniel D. Barnard, Mitglied des Repräsentantenhauses und Freund wie Hauptgläubiger der Van Rensselaer Familie. Hatten er und seine Leute 1840 noch geschwiegen, um einen Whig-Erfolg bei den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht zu gefährden, begannen sie nun ihr Unbehagen über eine mögliche Enteignung des Patroons zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt war Stephen Van Rensselaer IV. selbst ein Whig, wenn auch nicht in einer Amtsfunktion. Der Konflikt um die Zukunft von Rensselaerswyck hatte somit auch eine innerparteiliche Dimension.⁴⁷

Mit einem Blockierer im Weißen Haus und einem handlungsunfähigen Gouverneur in Albany flammten die Konflikte auf Rensselaerswyck schnell wieder auf. Die Anti-Renters beriefen neue Versammlungen ein, nachdem der Bericht der Kommission veröffentlicht worden war. In Berne verabschiedeten sie am 28. April 1841 ein Manifest, in dem sie sich auf die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung der Vereinigten Staaten beriefen und verkündeten, dass sie den Kampf gegen Van Rensselaer bis zum Ende weiterführen würden:

The holding of so large a territory of land by one man, as claimed by the patroon of the colony of Rensselaerswyck is in direct violation of that sacred declaration upon which American independence has been so long proudly maintained, and repugnant to that section of the United States Constitution which guarantees to each and every state of the Union, republican forms of government. [...] *Resolved*, That the Anti-Rent inhabitants of the county of Albany go into a ten year contest with the patroon of the colony of Rensselaerswyck, or until a redress of grievances be obtained.⁴⁸

46 McCurdy, *Anti-Rent Era*, 54; Oliver Perry Chitwood, John Tyler: Champion of the Old South (New York, 1964), 217-51; Robert Seager, *And Tyler Too: A Biography Of John And Julia Gardiner Tyler* (New York, 1963), 147-69.

47 McCurdy, *Anti-Rent Era*, 60f.

48 Zit. nach McCurdy, *Anti-Rent Era*, 69.

Die Anti-Renters kehrten mit ihrem Manifest der whiggistischen Markt- und Fortschrittsideologie den Rücken. Seward's Worte hatten große Hoffnungen geweckt, die durch ausbleibende Taten enttäuscht wurden. Der Kommissionsbericht stellte dabei den Tiefpunkt dar. Überzeugt davon, dass die Whigs mit ihrer Gemeinwohlargumentation keine Antwort auf die Anliegen der Pächter finden konnten, besonnen sich diese wieder auf die individuellen Freiheitsrechte, die das Credo der amerikanischen Republik bildeten. Van Rensselaer und sein Gut verletzten diese Prinzipien und somit die Freiheit des einzelnen Pächters, wie auch das Recht auf eine republikanische Regierungsform. Diese, im Naturrecht liegenden Begründungen waren es, die die staatlichen Organe zum Handeln veranlassen sollten, nicht Überlegungen im Bereich der ökonomischen Effizienz. Sollte dieses Handeln ausbleiben, waren die Anti-Renters bereit, ihren Widerstand bis zu einer Lösung des Konfliktes, gleichzusetzen mit einer Erfüllung ihrer Bedingungen, fortzusetzen.

So war im Sommer 1841 alles wieder beim Alten: Stephen Van Rensselaer hatte die Pacht- und Schuldeneintreibungen wiederaufgenommen, die Anti-Renters behinderten die Arbeit der Vollstreckungsbeamten und entführten einen Deputy Sheriff und die Miliz rückte aus, um das Recht durchzusetzen. Seward fürchtete eine Eskalation der Lage, immerhin war im September erstmals Blut geflossen, als Milizsoldaten mit aufgepflanzten Bajonetten die Aufständischen auseinandertrieben. Durch die angespannte finanzielle Situation New Yorks stand Seward's Regierung ohnehin gehörig unter Druck. Der Wert der Staatsanleihen sank durch die Verschuldung immer weiter, sodass Bankkredite zu hohen Zinsen aufgenommen werden mussten, deren Tilgung die Handlungsfähigkeit des Staates wiederum weiter einschränkte. Ein Bürgerkrieg auf Rensselaerswyck kam in dieser Lage äußerst ungelegen. Da eine Lösung nicht in Sicht war, griff der Gouverneur zum Mittel des Aufschiebes und fand einen Kompromiss: Bis zum Ende seiner Amtszeit im kommenden Jahr verbannte er das Thema Landreform von der politischen Agenda. Sein Parteifreund Daniel D. Barnard, Mitglied im Repräsentantenhaus und größter Gläubiger der Van Rensselaers, gestattete dem Patroon, die Rückzahlung der Schulden an ihn auszusetzen und dieser sah im Gegenzug vorerst von einem weiteren Vorgehen gegen seine säumigen Pächter ab. Auf diese Weise kam man zwar keinen Schritt weiter, aber man hoffte, zumindest Schlimmeres verhindern und so Schaden von der Whig Party abwenden zu können. Die Verzögerungstaktik zahlte sich jedoch nicht aus: Bei den Wahlen vom November 1841 eroberten die Demokraten beide Kammern des New Yorker Parlaments zurück.⁴⁹

Der Anti-Rent War war derweil zu einem kalten Krieg geworden. Alle Parteien hielten weitgehend still, doch der Konflikt war weit davon entfernt, zu versanden. Seward schied aus dem Amt und wurde 1843 durch den Demokraten William C.

49 McCurdy, *Anti-Rent Era*, 65, 71-76; Don C. Sowers, *The Financial History of New York State* (New York, 1914), 69-84.

Bouck ersetzt, der ebenso wie sein Vorgänger versuchte, den Schwebezustand beizubehalten, da es ihm an Lösungsmöglichkeiten mangelte. Stephen Van Rensselaer hielt sich zurück und ging nur vereinzelt gegen säumige Pächter vor. Auch ihm fehlten letztlich die Mittel: Zwangsräumungen waren seinen Zielen wenig dienlich, schließlich wollte er Pacht einnehmen und nicht sein Manor entvölkern. Die Anti-Renters ihrerseits warteten ab und organisierten sich. Von den Helderberg-Ortschaften weitete sich die Bewegung nach Osten aus und griff nun auch auf William P. Van Rensselaers Hälfte des Gutes über. Die Pächter schlossen sich formell zu »Anti-Rent Associations« zusammen, entrichteten Mitgliedsbeiträge und heuerten Anwälte an. Mit professioneller Hilfe erhofften sich die Pächter einen Durchbruch im Kampf für ihre Anliegen und zielten dabei erneut auf den Rechtstitel Van Rensselaers. Die Anwälte hatten Einsicht in die englischen Patente genommen und sich mit der Genealogie der Familie auseinandergesetzt. Ihr neuer Angriffspunkt waren die innerfamiliären Eigentumsveränderungen zwischen dem treuhänderisch ausgestellten Patent von 1685 und der Bestätigung von 1704. Dass in der zweiten Urkunde nur noch Kiliaen III., Sohn des Jeremias, als Eigentümer genannt, obwohl 19 Jahre zuvor noch von den Erben Kiliaens I. als Gemeinschaft gesprochen wurde, ließ für die Anti-Renters nur den Schluss zu, dass Kiliaen III. seine Familienmitglieder auf betrügerische Art und Weise ausgestochen haben musste. Das Bestätigungspatent von 1704 hätte somit gegen das Erbrecht verstoßen und deswegen nie Gültigkeit besessen. Damit wäre auch der Anspruch Stephens IV. und William Patersons, Ururenkel Kiliaens III., nichtig gewesen. Wie meine Ausführungen in Kapitel 3.2 bereits gezeigt haben, war dies jedoch ein Trugschluss, schließlich hatten die Erben aus den Niederlanden und New York bereits 1695 eine Regelung getroffen.⁵⁰

Im Januar 1844 ging die Auseinandersetzung um die Zukunft von Rensselaerswyck in eine neue Runde. Die Anti-Rent Association des Rensselaer Countys legte der New Yorker *Assembly* eine von den 4.000 Mitgliedern unterschriebene Petition vor, in der sie die Pachtverhältnisse abermals als »opposed to the spirit of our Republican Institutions« sowie »unjust and oppressive in themselves« bezeichnete und zudem darlegte, »that the claim of those who assume to be lords of the manor, is unfounded and fictitious.«⁵¹ Die Pächter forderten das Parlament auf, gegen die Van Rensselaers tätig zu werden und hängten ihrer Petition einen Gesetzentwurf an. Dieser »Act concerning tenures by lease« sah vor, dass Landeigentümer, deren Rechtstitel auf die britische Kolonialzeit zurückgingen, Beweise für deren Gültigkeit vorbringen mussten, bevor sie Zahlungen ihrer Pächter gerichtlich durchset-

50 McCurdy, Anti-Rent Era, 95-103.

51 »Report of the select committee to whom was referred the petitions from numerous tenants of the manor of Rensselaerwyck«, Documents of the Assembly of the State of New York, Sixty-seventh Session, 1844, Vol. VII (Albany, 1844), 16.

zen konnten. Folglich hätte das Gesetz zur Folge gehabt, dass alle Pächter solange von ihren Verpflichtungen befreit waren, bis der Grundherr die Rechtmäßigkeit seines Eigentums bewiesen hatte. In einem zweiten Paragraphen wurde darüber hinaus festgelegt, dass »any person holding lands by lease, in perpetuity« diese seinem Verpächter für eine von drei unabhängigen Personen festgelegte Geldsumme abkaufen konnte.⁵²

Für die Beschäftigung mit der Petition wurde ein *Select Committee* ins Leben gerufen, dem die sechs Abgeordneten aus den Rensselaer und Albany Countys (allesamt Whigs) angehörten und dessen Vorsitz Samuel Whipple führte. In seinem abschließenden Bericht blieb Whipple klare Antworten schuldig. Wie schon oft zuvor wurde festgestellt, »that the conditions and especially the reservations in these leases are extremely onerous to the tenants« und »that they have a direct tendency to suppress that spirit of enterprise and improvement so essential to promote the prosperity of this country and that they are in many respects repugnant to the genius of our republican institutions.«⁵³ Die Problembeschreibung wiederholte also das, was schon Seward und Duer dargelegt hatten: Das Pachtsystem schadete den Pächtern, hemmte den wirtschaftlichen Fortschritt und stand den republikanischen Prinzipien entgegen. Doch Whipple fügte der Diskussion noch eine weitere Facette hinzu. Im Geiste eines im 19. Jahrhundert verstärkt aufkommenden und von Andrew Jackson befeuerten *American nationalism* charakterisierte er die Institution als unamerikanisch, wenn er feststellte, »it is a source of just pride with the American farmer that he is proprietor of the soil which he cultivates. This honorable feeling cannot be shared by the unfortunate tenant of the manor of Rensselaerwyck«⁵⁴ und auf die Ursprünge dieser Landnutzungsform verwies: »These leases had their origin in Europe in the age of feudalism and still preserve those restrictions which were engrafted upon them at that barbarous period.«⁵⁵ Die Sachlage war also klar, was konkret zu tun war, ließ Whipple jedoch offen. Er hielt zwar schnelles Handeln und ein Ende des Pachtsystems für notwendig, machte aber weder eine Aussage über die Möglichkeiten des Parlamentes, noch zur Durchführbarkeit des Gesetzesentwurfes. Stattdessen schob er die eigene Inkompetenz vor: »Your committee not being any of them members of the legal profession [...] do not deem themselves qualified to suggest any specific plan of relieving the tenants of the manor of Rensselaerwyck from the oppressions of which they complain.«⁵⁶ Gleiches galt für die Bewertung des Rechtsanspruches der Van Rensselaers. So blieb

52 Ebd., 11.

53 Ebd., 2f.

54 Ebd., 4.

55 Ebd., 3.

56 Ebd., 5.

das Komitee bei der vagen Aussage, dass »the power to remedy the grievances complained of by the petitioners must reside somewhere.«⁵⁷

Ob Whipples Bericht parteitaktischer Natur war oder das Komitee tatsächlich nach bestem Wissen gehandelt hatte, bleibt unklar. Die Whigs zeigten sich den Anliegen der Pächter gegenüber wohlwollend, wandten sich jedoch um die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesvorschlages, den sie begrüßten. Fast zeitgleich war eine Petition der Anti-Rent-Association des Albany Countys beim *Judiciary Committee* eingegangen. Der Justizausschuss des Parlamentes wurde von den Demokraten dominiert, was die Whigs in eine vorteilhafte Position brachte: Sie hatten ein Ende des Pachtsystems befürwortet und die Frage nach dem »wie« offengelassen. Das *Judiciary Committee* schien der geeignete Ort für diese rechtliche Bewertung zu sein. Würden die Demokraten nun feststellen, dass der Gesetzentwurf der Anti-Renters verfassungswidrig sei und die Pächter so ihrem Schicksal überlassen, trügen sie die Verantwortung für kommende Ausschreitungen.

William F. Allen, der Vorsitzende des Komitees, war überzeugt davon, dass die Whigs genau diese Taktik verfolgten. So griff er den Bericht des *Select Committees* scharf an: »To say that there are great and grievous wrongs resting upon a large and respectable class of our citizens and that we have the power to redress those wrongs and yet do it not is to inflict an injury greater than the injury sought to be redressed.«⁵⁸ Allen kritisierte, dass bereits Seward, Duer und die 1841 eingesetzte Kommission das Pachtssystem auf Rensselaerswyck als Unrecht bezeichneten, jedoch keine konkrete und verfassungskonforme Handlungsempfehlung für die Legislative abgaben. Er hingegen wollte es nicht bei inhaltsleeren Worten belassen, sondern beabsichtigte, »to express an opinion with candor and justice, but with fearlessness.«⁵⁹ Allen wollte nicht weniger, als den seit Jahren schwelenden Konflikt ein für alle Mal zu beenden. Als *strict constructionist* betrachtete er jeglichen Eingriff von Seiten des Parlaments in gültige Verträge als verfassungswidrig. Auch lehnte er Duers Argumentation der Enteignung im Interesse des Allgemeinwohls ab. So sprach der Verfassungstext ausdrücklich von »public use«, was sich problemlos auf Eisenbahnstrecken, die dem Transport von Personen und Gütern dienten, anwenden ließ, nicht jedoch auf Land, das den Eigentümer wechseln sollte. Eine öffentliche Nutzung war hier schlichtweg nicht gegeben. Überdies widmete sich Allen ausführlich den Vorwürfen, dass die Van Rensselaers über keinen gültigen Rechtstitel verfügten und kam zu folgendem Ergebnis, das jegliche Angriffspunkte ausschloss:

57 Ebd.

58 »Report of the committee on the judiciary on the petition of sundry residents of the Manor of Rensselaerwyck praying for certain modifications of the law respecting the rights of landlord and tenant & c.«, Documents of the Assembly of the State of New York, Sixty-seventh Session, 1844, Vol. VII (Albany, 1844), 5.

59 Ebd., 3.

In conclusion, your committee are compelled to say, that if possession under color of title for 207 years, and actual title under the legitimate government of the land, for 140 years, recognized and confirmed by the various governments through which it has passed, and ratified, not only by the laws, but by the Constitution of our own State, is not a perfect title, it would be extremely difficult to find one; there can certainly be none in this State.⁶⁰

Der Bericht des Justizausschusses schloss mit der Feststellung, dass der »Act concerning tenures by lease« would, if passed into a law, be unconstitutional and void« und »that the Legislature has not the power to modify and alter the tenures, either upon just compensation or without compensation to the landlord, so as to remove or remedy any of the evils complained of.«⁶¹

Allens Anspruch, mittels stichhaltiger juristischer Analyse ein Ende der Auseinandersetzung um Rensselaerswyck zu erreichen, konnte nicht erfüllt werden. Kaum wurde der Bericht veröffentlicht, planten die Anti-Rent-Associations neue Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Interessen. In der Befürchtung, dass der Allen-Report die Van Rensselaer-Brüder veranlassen könnte, wieder härter gegen die Pächter vorzugehen, versuchten sie, ihrem Kampf eine größere Dimension zu verleihen. Dies geschah auf zwei Arten: Zum einen sandten die Anti-Renters Boten zu allen Landgütern des Staates, um Pächter für ihre Sache zu gewinnen und aus der auf Rensselaerswyck begrenzten Bewegung eine landesweite zu machen. Darüber hinaus organisierten sie sich politisch: Während Demokraten und Whigs ihre Parteitage abhielten und Kandidaten für die Wahl im Herbst 1844 aufstellten, hielten auch die Anti-Renters Versammlungen ab und suchten nach potentiellen Abgeordneten, die ihre Ziele unterstützen würden. Dies waren in erster Linie junge, ambitionierte Whigs, die in der Partnerschaft mit den Pächtern eine Chance sahen, ihre politische Karriere voranzutreiben. Die neue Koalition war erfolgreich: Zwar reichte die Zeit bis zur Wahl nicht mehr aus, um im gesamten Staat Anti-Rent-Kandidaten zu nominieren, doch konnten in den Countys von Albany, Rensselaer und Schoharie, wo sich Whigs auf Tickets der *Anti-Rent Party* gegen ihre demokratischen Kontrahenten durchsetzten, wichtige Siege errungen werden. Die Demokraten behielten ihre Mehrheit im Parlament und stellten mit Silas Wright auch den nächsten Gouverneur, sowie mit James K. Polk den neuen Präsidenten. Ihr Vorsprung war jedoch stark zusammengeschmolzen, sodass sie ihre Zweidrittelmehrheit in der *Assembly* verloren. Die Anti-Renters hatten gezeigt, dass sie ein wichtiger politischer Faktor waren. Pächter waren in Scharen an die Wahlurnen gelaufen und in kürzester Zeit war es gelungen, aus der Protestbewegung eine politische Organisation zu formen.⁶²

60 Ebd., 43.

61 Ebd., 44f.

62 Ellis, *Landlords and Farmers*, 245-50; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 157-63.

Durch die neue politische Aktivität verschob sich der Konflikt allerdings nicht auf die Legislative. Schon im Sommer 1844 war es zu neuerlichen Zwischenfällen auf beiden Teilen von Rensselaerswyck gekommen. Wie erwartet hatten die Van Rensselaers wieder begonnen, gegen die streikenden Pächter vorzugehen und ließen die Sheriffs neue Pfändungsbescheide ausliefern. Die Anti-Renters widersetzten sich, verbrannten die Dokumente und entführten Gesetzeshüter, um sie zu teeren und zu federn. In Anbetracht der anstehenden Wahlen verweigerte Gouverneur Bouck den angeforderten Einsatz von Miliztruppen, woraufhin die Sheriffs aufgrund der Übermacht der Anti-Renters ihre Arbeit vorläufig einstellten. Gegen Ende des Jahres schwappte der Protest schließlich auf Livingston Manor und Claverack über und erreichte ein neues Ausmaß an Gewalt.

Smith Boughton, der sich selbst als »Big Thunder« bezeichnete und einer der Köpfe der Anti-Rent Bewegung war, war durch das Columbia County geritten, um die dortigen Pächter gegen ihre Grundherren aufzuwiegeln. Dieses Vorhaben war ihm ohne Zweifel gelungen. Wie bereits beim Helderberg-War 1839 verkleideten sich Pächter als Indianer und behinderten Gesetzeshüter und Angestellte der Grundherren bei ihrer Arbeit. Anders als fünf Jahre zuvor blieb es aber nicht bei Einschüchterungen und Straßenblockaden. Die Anti-Renters terrorisierten ganze Landstriche und töteten in Auseinandersetzungen mehrere Personen, unter anderem einen Waldarbeiter William P. Van Rensselaers, dem sie Kollaboration mit dem Manor-Lord vorwarfen. In Liedern wie »The End of Bill Snyder« oder »The Brave Indian«, die von den Landrebelln wie Hymnen ihrer Bewegung gesungen wurden, glorifizierten sie ihre Aktionen. Derartige Kampflieder und Schlachtrufe wie »Huzza! We will be free from Feudal rents and tyranny« erlangten eine wichtige Bedeutung für den kollektiven Zusammenhalt der Anti-Renters und wurden wie die Indianerverkleidungen zu charakteristischen Erkennungszeichen.⁶³

Infolge der Gewaltausbrüche wurde Boughton am 18. Dezember festgenommen und nach Hudson gebracht. Als die Aufständischen seine Freilassung forderten und drohten, das Gefängnis zu stürmen, entschloss sich der scheidende Gouverneur Bouck, drei Milizkompanien zu entsenden. Die Soldaten aus Albany und New York konnten die Ordnung im Columbia County wiederherstellen, dafür entstanden neue Brandherde an anderen Orten des Staates. Nachdem dort ein Hilfssheriff ermordet worden war, erklärte Boucks Nachfolger Silas Wright das Delaware County zum Aufstandsgebiet. Erneute Truppeneinsätze, Massenverhaftun-

63 Eine Auflistung von Liedtexten der Anti-Rent Bewegung findet sich in Christman, Tin Horns, 321-43. »The End of Bill Snyder« wurde zur populärsten Hymne der Aufständischen und erzählte, wie die Anti-Renters auf Rensselaerswyck Deputy Sheriff Bill Snyder an der Ausübung seiner Dienste hinderten und in Angst und Schrecken versetzten. In der ersten Strophe heißt es: »The moon was shining silver bright/The sheriff came in the dead of night/High on the hill sat an Indian true/And on his horn, this blast he blew-/Keep out of the way-big Bill Snyder-/We'll tar your coat and feather your hide, Sir!«.

gen und ein hartes Vorgehen der Justiz – unter anderem wurde Smith Boughton wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt – führten schließlich zu einer langsamen Beruhigung der Lage Ende 1845.⁶⁴

Bei den Anti-Renters schwang nach der Verhaftung von Boughton und anderen Radikalen das Pendel in Richtung der Moderaten. Im Rensselaer County hatte der Whig und Anwalt Henry Z. Hayner die Führung der Organisation übernommen. Hayner formulierte eine Strategie, die sich gänzlich auf politische Arbeit beschränkte und Abstand von den gewalttätigen »Indianer«-Aktionen nahm. Neben der Unterstützung des bereits vorgebrachten Entwurfes eines »Act Concerning Tenures by Lease« forderte Hayner die Einführung einer Steuer auf Pächterträge: »There is no good reason why bank, insurance, railroad and other stocks should be taxed, and ground-rents should escape.«⁶⁵ Das Kalkül hinter dem Eintreten für eine Besteuerung liegt auf der Hand: Hayner erhoffte sich, dass die Eigentümer im Angesicht der durch die neue Steuerlast sinkenden Profite eher bereit waren, ihr Land an die Pächter zu verkaufen.

Die Ausschreitungen der Anti-Renters und insbesondere die Ermordung eines Gesetzeshüters hatten zu einem öffentlichen Aufschrei und einer Pressekampagne gegen sie geführt. In den Kirchen der Region predigten die Geistlichen gegen die Gewalt und Anarchie, die von den Landrebelln ausging. Henry F. Harrington, Pfarrer der Unitarier in Albany, warnte in apokalyptischen Worten vor der Gefahr: »A mighty evil is threatening us. The thunder is rolling, the lightning is flashing, and the clouds give portent of a devastating storm.« Er appellierte an seine Gemeinde, sich den Anti-Renters entgegenzustellen, anstatt in »indifference and apathy« zu verharren; »the majesty of the law« musste verteidigt werden.⁶⁶

Trotz allem gesellschaftlichen Gegenwindes konnten die Anti-Renters bei den folgenden Wahlen an ihre Erfolge aus dem Vorjahr anknüpfen. In vielen Countys setzten sich Anti-Rent Kandidaten durch. Besonderes Aufsehen erregte William H. Van Schoonhoven, der den traditionell demokratischen dritten Distrikt (Albany) mit großem Vorsprung eroberte und in den Senat einzog. Die neuerlichen Wahlerfolge der *Anti-Rent Party* führten zu einem Umdenken beim demokratischen Gouverneur Wright. Hatte er zuvor noch einen harten Kurs gegen die Aufständischen verfolgt und jegliches Entgegenkommen des Staates abgelehnt, forderte er die Legislative in seiner Jahresansprache nun auf, gesetzgeberisch tätig zu werden und Forderungen der Pächtervereinigungen nachzukommen. Erneut

64 David Ellis u.a., *A History of New York State* (Ithaca, NY, 1957), 158–61; Ellis, *Landlords and Farmers*, 260–67; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 163–69.

65 Zit. nach McCurdy, *Anti-Rent Era*, 171.

66 Henry F. Harrington, Minister of the First Unitarian Church in Albany, »A Sermon preached on Occasion of the ›Anti-Rent‹ Disturbances«, 22. Dezember 1844, AAS.

wurde ein Komitee gebildet, das entsprechende Gesetzesentwürfe ausarbeiten sollte. Der Ausschuss unter dem Vorsitz des Demokraten Samuel J. Tilden, der als Präsidentschaftskandidat bei den, unter Manipulationsvorwurf stehenden Wahlen 1876 noch zu zweifelhafter Berühmtheit gelangen sollte, veröffentlichte seinen Bericht am 26. März 1846. Nach einer Auflistung aller Landgüter und der dort herrschenden Pachtbedingungen stellte das Komitee unmissverständlich fest, dass die Pachtverträge einen schädlichen Einfluss auf »the agricultural prosperity and the social condition of the communities where they exist«⁶⁷ hätten. Dies sei bereits aus den zahlreichen Untersuchungen der vergangenen Jahre hervorgegangen, sodass eine weitere Prüfung nicht mehr notwendig war. Stattdessen widmet sich der Bericht möglichen legislativen Maßnahmen. Die Abgeordneten begrüßten die von den Anti-Rentern geforderte Besteuerung von Pachteinnahmen: »A lease or grant of lands in perpetuity is, in substance, even if it were not, as it is, in legal classification, a form of sale, and there does not seem to be any reason why the consideration in this case should be exempt from the principle which applies in all other cases.«⁶⁸ Dieser Interpretation zufolge war das Land an die Pächter verkauft worden, was durch die Sprache des »incomplete sale« in den Pachtverträgen unterstützt wurde. Die jährlichen Pachteinnahmen waren somit nichts anderes als eine Form von Zinserträgen auf den Verkaufspreis, und diese mussten besteuert werden. Andernfalls würde ein politisch ja gerade nicht gewollter Anreiz geschaffen, Geld in diese steuerfreie Form der Anlage zu investieren.

Während Tilden der Einschätzung Allens folgte und den zwei Jahre zuvor eingebrachten »Act concerning tenures by lease« als verfassungswidrig einstufte, sah er darüber hinaus andere Handlungsmöglichkeiten seitens des Staates. So forderte der Report eine sofortige Abschaffung der »remedy by distress«. Diese ermöglichte es dem Landeigentümer, Güter seines Pächters zu beschlagnahmen, wenn er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkam. Auch wenn dieses Mittel nur selten genutzt wurde, stellte es in den Augen des Komitees eine »offensive discrimination«⁶⁹ für die Pächter dar, da es in Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen jenseits von Pachtbeziehungen nicht existierte. Die Bevorzugung der Großgrundbesitzer gegenüber anderen Kreditoren sollte daher beendet werden.

Den Kern der vorgeschlagenen Landreform bildete jedoch der »Act to amend the Statutes of Devises and Descents and to extinguish certain Tenures«. Dieser legte fest, dass zukünftig eingegangene Pachtverhältnisse eine Dauer von zehn

67 »Report of the select committee on so much of the Governor's message as relates to the difficulties existing between the proprietors of certain leasehold estates and their tenants &c«, Documents of the Assembly of the State of New York, Sixty-ninth session, Vol. V (Albany, 1846), 6.

68 Ebd., 10f.

69 Ebd., 14.

Jahren nicht überschreiten durften. Außerdem sah das Gesetz vor, dass der Pächter durch den Tod seines Verpächters die Möglichkeit erhielt, für seine jährlichen Pachtzahlungen gerichtlich eine Summe festsetzen zu lassen, deren Zahlung ihn zum freien Eigentümer über das Land machte. Da »quarter and other proportional sales and charges upon alienation are not believed to be valid by the existing laws of this State«, ⁷⁰ wurden diese von der Wertbestimmung ausgenommen. Tildens Vorgehen war ein geschickter juristischer Schachzug. Seiner und der allgemeinen Einschätzung zufolge bot die Verfassung dem Parlament keine Möglichkeit, in gültige Verträge einzugreifen und auch eine Enteignung gegen Kompensation zugunsten einer »public use« war im Falle der Landgüter nicht möglich. Eine »unquestionable power of the Legislature« bestand aber im Erbrecht, das ständig gesetzlichen Änderungen unterworfen war. Das neue Gesetz »merely attaches a condition to the future devise and descent of a certain species of property« ⁷¹ und konnte auf diese Weise den Konflikt lösen.

Während die Gesetze zur Besteuerung der Pachteinnahmen und zur Abschaffung der »remedy by distress« in beiden Kammern des Parlaments Zustimmung fanden und von Gouverneur Wright unterzeichnet wurden, scheiterte der dritte Vorschlag im Senat. Konservative Demokraten lehnten die Maßnahmen ab und die Whigs sahen einen strategischen Vorteil darin, Wrights Plan einer Landreform scheitern zu lassen. Durch Verzögerungstaktiken kam das Gesetz vor Ende der Sitzungsperiode nicht mehr zur Abstimmung. Für die Whigs zahlte sich die Blockadehaltung aus: Enttäuscht davon, dass Wrights Worten keine vergleichbaren Taten gefolgt waren, zementierten die Anti-Renters ihre Allianz mit der Whig Party und unterstützten deren Kandidaten John Young bei der Wahl zum Gouverneur im Herbst 1846, die er auch gewann. ⁷² Im Sommer des Jahres fand in New York eine von liberalen Kräften lange geforderte *Constitutional Convention* statt. Auch wenn diese in erster Linie auf eine Wahlrechtsreform und die Neuordnung der Judikative zielte, erhofften sich viele, dass die auf parlamentarischem Wege gescheiterte Lösung des Landkonfliktes nun über eine Revision der Verfassung verwirklicht werden konnte. Das Ergebnis fiel jedoch bescheiden aus. So verbot die neue Verfassung Verpachtungen, die eine Dauer von zwölf Jahren überschritten und legte fest, dass »all fines, quarter sales, or other like restraints upon alienation, reserved in any grant of land hereafter to be made shall be void.« ⁷³ Auf die bestehenden Pachtverhältnisse hatten diese Artikel keinen Einfluss, sie waren gänzlich an die Zukunft gerichtet.

70 Ebd., 24.

71 Ebd.

72 Ellis, *Landlords and Farmers*, 274-77; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 257-59.

73 Art. 1, Abs. 15, *The Third Constitution of New York*, 1846.

Es war schließlich der neue Gouverneur John Young, der Bewegung in die Sache brachte und sich klar auf Seiten der Anti-Renters positionierte. Direkt nach Amtsantritt zu Beginn des Jahres 1847 begnadigte er 18 Aufständische, die in Staatsgefängnissen inhaftiert waren, unter ihnen auch »Big Thunder« Smith Boughton. Ein Jahr später forderte Young die Legislative auf, den *Attorney General* mit einer Überprüfung der Rechtstitel der Großgrundbesitzer zu beauftragen. Nach über einem Jahr Vorbereitungszeit sah sich Ambrose Jordan dann in der Lage, Anklage gegen eine Reihe von Landeigentümern, unter ihnen William P. und Stephen Van Rensselaer, zu erheben und ihr Eigentum anzufechten. Doch die Gerichte beendeten jegliche Hoffnungen der Anti-Renters, die Rechtmäßigkeit des Eigentums der Van Rensselaers und anderer zu verneinen. Sie urteilten, dass es dem Staat nicht gestattet sei, existierende urkundliche Rechtstitel aus der Kolonialzeit nachträglich anzufechten. Dies wurde durch den »Quiet-Title Act« von 1788 ausgeschlossen, sodass egal war, ob der ursprüngliche Titel legal oder illegal war. Einen großen Erfolg konnten die Gegner des Pachtsystems jedoch in einer anderen Angelegenheit verbuchen. In einer Rechtsstreitigkeit bezüglich des *quarter-sales* auf Claverack (*De Peyster v. Michael*) fällte das Berufungsgericht ein einschneidendes Urteil. Der *Court of Appeals* stellte fest, dass die Pächter, die Verträge für die Ewigkeit besaßen, in Wirklichkeit Eigentümer des Landes waren und dieses somit frei veräußern durften. So hatte bereits Tilden im Bericht des Komitees von 1846 argumentiert. Die Übereignung des Landes auf den Vertragsunterzeichner und deren Nachkommen machte diese zu freien Eigentümern, woran auch die Vereinbarung von jährlichen Zahlungen nichts änderte. Jegliche Gebühren und Beschränkungen für die Übertragung des Eigentums waren somit ausgeschlossen.

Wie reagierten nun die Van Rensselaers auf diese Entwicklungen? Beide Brüder hatten den Pächtern Ende 1844 erneut angeboten, ihr Land für 4 Dollar pro Morgen zu erwerben und warteten auf eine Erhöhung des Gegenangebots, das nach wie vor bei 2 Dollar lag. Andere Großgrundbesitzer, die meist in New York City saßen, wollten hingegen Härte zeigen und suchten nicht den Ausgleich mit ihren aufständischen Pächtern. Im November 1844 hatten sie ein Komitee gegründet, in dem Aktionen gegen die Anti-Renters koordiniert werden sollten. Die Mitglieder, unter anderem Nachkommen der Livingstons und Johnsons, entrichteten Beiträge in eine Kriegskasse. Ihr Ziel war es, Einfluss auf die Legislative und lokale Autoritäten zu nehmen, um die Aufständischen zu bekämpfen. Als sich das Komitee an William P. Van Rensselaer wandte und ihn aufforderte, sich ebenfalls finanziell zu beteiligen, reagierte dieser empört. Lange Jahre war der Landkonflikt nur auf Rensselaerswyck beschränkt gewesen und in dieser Zeit konnten die Van Rensselaers nicht auf die Unterstützung der anderen Großgrundbesitzer bauen. Statt 250 Dollar von ihm zu fordern, sollten die anderen Familien ihm diese Summe als Kompensation für die entstandenen Kosten in der Vergangenheit zahlen, so Van Rensselaer. Er selbst hatte schließlich hohe Summen in Anwälte investiert und

versucht, den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen. Doch Van Rensselaers ablehnende Haltung war nicht allein eine Geldfrage, sondern auch sein gegensätzlicher strategischer Standpunkt. Seit die Brüder ihr Angebot erneuert hatten und sich wieder im Gespräch mit den Anti-Renters befanden, waren sie von Ausschreitungen weitgehend verschont geblieben. Das aggressive Vorgehen der New York City Familien hingegen führte zu verstärktem Widerstand und einer Verlagerung der Unruheherde von Rensselaerswyck auf die weiter südlich gelegenen Landgüter.⁷⁴

Gegenwind kam für die Van Rensselaers jedoch aus Richtung der Politik. Die Zeiten, in denen sie gemeinsam mit den anderen alten, landbesitzenden Familien das politische Geschehen im Staat dominiert hatten, waren in den 1840er Jahren vorbei. 1821 waren Besitzqualifikationen abgeschafft und das Wahlrecht auf alle weißen Männer ausgeweitet worden. Dieser Demokratisierungsschub machte sich nun im Landkonflikt für die Van Rensselaers schmerzhaft bemerkbar. Die Anti-Renters wählten nicht nur eigene Kandidaten ins Parlament, sondern konnten sich auch bei der Besetzung von lokalen Ämtern durchsetzen. Sie verhalfen Sheriffs und anderen Beamten ins Amt, die sich dem Kampf der Pächter verbunden fühlten und es den Manor-Lords noch schwieriger machten, gegen sie vorzugehen. In der Legislative nutzten sie geschickt den Gegensatz der beiden großen Parteien sowie innerparteiliche Uneinigkeiten aus und schafften es, ihre Anliegen dauerhaft auf der politischen Tagesordnung zu halten. Dass die Großgrundbesitzer große Teile der Presse auf ihrer Seite hatten und die öffentliche Meinung sich nach den blutigen Ausschreitungen der Pächter gegen diese wandte, nützte ihnen letztlich wenig. Weder die detailreiche Verteidigungsschrift von Daniel D. Barnard,⁷⁵ noch eine Romanreihe von James Fenimore Cooper,⁷⁶ dessen Vater selbst über großen Landbesitz verfügte, konnten Abhilfe verschaffen. Die Zahl der Pächter war in den betroffenen Countys schlicht zu groß und ihr Organisationsgrad zu hoch, um das Problem aus dem Weg räumen zu können.

Die Van Rensselaers erkannten die Zeichen der Zeit und lenkten ein. Da er kaum mehr Pachteinahmen verzeichnen konnte und die politischen Entwicklungen für die Zukunft keine Besserung der Lage versprachen, unterbreitete Stephen IV. zunächst den Bewohnern der Helderberg Ortschaften ein verbessertes Angebot. Im Herbst 1845 wandte er sich per Zeitungsanzeige an seine Pächter und bot ihnen an, sie von jeglichen Zahlungen und Arbeitsverpflichtungen zu befreien, wenn

74 Ellis, *Landlords and Farmers*, 291–93; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 170.

75 »The ›Anti-Rent‹ Movement and Outbreak in New York«, *The American Review: A Whig Journal of Politics, Literature, Art, and Science*, 2 (1845), 577–598.

76 Cooper veröffentlichte zwischen 1845 und 1846 die Romanreihe *Littlepage Manuscripts*, in der er die Rolle der Landaristokratie positiv hervorhob. In den Bänden *Satanstoe*, *The Chainbearer* und *The Redskins* entwirft er die Geschichte der Familie Littlepage vom vornehmen Landleben des 18. Jahrhunderts über die Auseinandersetzung mit squatters aus Neuengland bis hin zum Anti-Rent War.

sie ihm eine Summe zahlten, die, mit sechs Prozent verzinst, den Gegenwert der jährlichen Pachtleistungen ergab. Diese taxierte er deutlich geringer als in seinem ursprünglichen Angebot. So legte er den Wert für einen Scheffel Weizen mit einem Dollar deutlich unter dem durchschnittlichen Marktwert der letzten Jahrzehnte fest. Für den Arbeitstag mit Gespann berechnete er zwei Dollar, für die vier Hennen 50 Cent. Daraus ergab sich ein durchschnittlicher Preis von 2,30 Dollar pro Morgen, womit er sich den Pächterforderungen von 2 Dollar stark annäherte. Hinzu kamen dreißig Dollar für den quarter-sale sowie die Bedingung, ausstehende Schulden vorab zu begleichen. Wenn nicht die gesamte Summe aufgebracht werden konnte, akzeptierte Van Rensselaer auch die Zahlung von einem Fünftel und einer Hypothek auf die Farm als Sicherheit.⁷⁷ Die Anti-Rent Association von Albany County lehnte insbesondere die letzte Bedingung ab und kritisierte, dass sich das Angebot nur auf die Pächter der Helderberg-Gegend bezog. Nichtsdestotrotz waren schon nach wenigen Monaten über achtzig Pächter darauf eingegangen und hatten sich durch Zahlung des Betrags jeglicher Verpflichtungen gegenüber den Van Rensselaers entledigt.⁷⁸

William Paterson tat es seinem Bruder gleich und verkaufte 1848 zu gleichen Bedingungen an 500 seiner Pächter.⁷⁹ Diejenigen, die die Angebote der Van Rensselaers nicht angenommen hatten, sollten dies schnell bereuen. 1853 entschloss sich Stephen IV. unter der Last der neuen Steuern und dem Druck seiner Gläubiger, all seine Landrechte zu einem Preis von 210.000 Dollar an den Spekulanten Walter S. Church zu verkaufen. Church übernahm vier Jahre später auch die noch in Pachtverhältnissen stehenden Farmen von William. So endete die Existenz von Rensselaerswyck 1857 endgültig. Stephen bediente seine Gläubiger und lebte vom Einkommen der 150.000 Morgen Land, die nie verpachtet worden waren und ihm weiterhin gehörten. Auch sein Bruder konnte sich mit den Verkaufserlösen zur Ruhe setzen und verbrachte seinen Lebensabend in Westchester County. Walter Church hingegen zeigte sofort, worum es ihm ging: Er wollte das Land möglichst schnell weiterverkaufen. Die von den Auseinandersetzungen, Steuern, Gerichtskosten und Schulden geplagten Van Rensselaers waren froh, ihren Anteil des Manors in einer Transaktion loszuwerden und hatten an Church unter Wert verkauft. Dieser bot nun den Pächtern einen Preis von 2,60 Dollar pro Morgen an, um sich aus den Pachtverpflichtungen herauszukaufen. Als Sicherheit für die Pachtschulden sollte das Land mit einer Hypothek belastet werden. Church machte klar, dass

77 New Hampshire Patriot and State Gazette, 25. September 1845; S. auch Edward P. Cheyney, *The Anti-Rent Agitation in the State of New York, 1839-1846* (Philadelphia, 1887), 48f.

78 Laut eines Senatsberichts von 1846 gingen innerhalb weniger Monate 80 bis 90 Farmen in das Eigentum der Pächter über. »Report of the minority of the select committee on so much of the Governor's message as relates to leasehold estates &c«, *Documents of the Senate of the State of New York, Sixty-ninth session, Vol. III* (Albany, 1846), 11.

79 Trenton State Gazette, 25. Februar 1848.

kein Verhandlungsspielraum bestand, und jeder, der das Angebot ablehnte, seine Farm verlieren würde. Seine Anwälte reichten über 2.000 Räumungsklagen ein, zwei ganze Kanzleien waren allein mit der Arbeit für Church ausgelastet.

In den frühen 1860er-Jahren flammte der Anti-Rent War erneut auf, doch langwierige Gerichtsverfahren und die Tatsache, dass die Scharmützel im Hudson-Tal vom blutigen Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südstaaten in den Schatten gestellt wurden, ließen ein militärisches Eingreifen erst 1865 möglich werden. Das Ausrücken der Albany County Artillery markierte das Ende der Pächterrebellion. Nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung mussten die verbliebenen Pächter einsehen, dass sie sich mit Church arrangieren mussten. Bei allen Bemühungen war es in Parlamenten und Gerichten stets darauf hinausgelaufen, dass der Staat Eigentum und Verträge schützen und Gesetze durchsetzen musste, der Milizeinsatz im Mai 1865 unterstrich dies. Zudem hatten sich die meisten Pächter im Staat in der Zwischenzeit aus den Verträgen freigekauft, sodass die einst mächtige politische Organisation der Anti-Renters mittlerweile nur noch ein Randphänomen war. Für ein paar vereinzelte rebellische Pächter, die sich als Indianer verkleideten, wollte im politischen Betrieb niemand mehr Partei ergreifen.⁸⁰

80 Ellis, *Landlords and Farmers*, 302-12; McCurdy, *Anti-Rent Era*, 328-31.